

Antrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Inge Höger, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Dr. Petra Sitte, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Lateinamerika unterstützen – Absetzung der Präsidentin Brasiliens missbilligen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Treffen der Außenminister der Europäischen Union (EU) und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) am 25./26. Oktober 2016 in Punta Cana (Dominikanische Republik) findet in einem auf beiden Seiten stark bewegten politischen Umfeld statt. Sowohl Europa als auch Lateinamerika gehen durch turbulente Zeiten. Brexit, Euro-Krise und die Auseinandersetzungen über den Umgang mit Geflüchteten spalten und erschüttern die EU und befördern das Aufkommen rechtspopulistischer und rechtsextremer Strömungen. In Lateinamerika nehmen die Auseinandersetzungen um den politischen Kurs, insbesondere um die Wirtschafts- und Sozialpolitik, zu und werden immer schonungsloser ausgetragen.

Nach einer langen Phase fortschrittlicher Regierungen, die immer wieder in Wahlen bestätigt worden waren, gelingt es den alten Eliten Lateinamerikas zunehmend, an die politische Macht zurückzukehren. Wo sie dabei nicht auf das demokratische Votum der Bevölkerung hoffen können, setzen sie auf Destruktion. Von Beginn an waren die linken Regierungen Lateinamerikas permanent der Bedrohung durch Sabotage bis hin zu Putschen ausgesetzt. Der Bundestag erinnert an den Militärputsch in Honduras (2009) und den parlamentarischen Putsch in Paraguay (2012) sowie die fehlgeschlagenen Putschversuche in Venezuela (2002) und Ecuador (2010).

Der EU-CELAC-Gipfel in Punta Cana ist nun überschattet von den Vorgängen in Brasilien. Dort wurde im September 2016 die demokratisch gewählte Präsidentin Dilma Rousseff in einem, wenn auch formal regelgerechten, offensichtlich politisch motivierten Verfahren aus dem Amt entfernt, das demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen hohnspricht. Sie selbst und ihre Arbeiterpartei (PT) sprechen von einem Putsch. Viele Menschen protestierten gegen die Absetzung. Lateinamerikanische Nachbarländer zogen ihre Botschafter zurück. Der Vorgang ist eine schwere Belastung für den lateinamerikanischen Integrationsprozess. Die Absetzung der gewählten Präsidentin stellt die sozialen Errungenschaften der vergangenen Jahre in Frage, droht einen Schlussstrich unter die Aufarbeitung politischer Korruption zu ziehen und stellt sich als Bedrohung für die Menschenrechte in Brasilien dar.

Die alten Eliten, die nun mit dem neuen, unter Korruptionsverdacht stehenden Präsidenten Michel Temer ohne Wahlen an die Macht zurückgekehrt sind, haben schnell deutlich gemacht, dass sie, ohne sich dafür ein Mandat der Bevölkerung einzuholen, einen drastischen Politikwechsel durchführen wollen.

Die Arbeiterpartei von Dilma Rousseff hatte im letzten Jahrzehnt mit Sozialprogrammen mehr als 40 Millionen Brasilianerinnen und Brasilianer aus der Armut geholt. Die ausschließlich weiße und männliche von Temer ernannte Regierung fühlt sich in keiner Weise an das Wahlprogramm der gewählten Regierung gebunden, welches soziale Rechte, kulturelle Diversität und gleiche Rechte für Frau und Mann garantierte. Temer will beim Sozialetat sparen, so hat er als erstes das Ministerium für ländliche Entwicklung und das vorher eigenständige Ministerium für Frauen, Gleichstellung und Menschenrechte aufgelöst sowie das Kulturministerium zeitweise geschlossen. Temer will mit einem umfassenden Privatisierungsprogramm ausländische Investoren in das Land holen und brasilianisches Agrarland an ausländische Konzerne verkaufen. Dies hat ein brasilianisches Gesetz unter Rousseff bislang verhindert. Die Arbeitnehmerrechte sollen eingeschränkt, das Rentenalter heraufgesetzt, der Mindestlohn gekürzt sowie die verfassungsmäßige Verpflichtung aufgehoben werden, 18 Prozent der Steuergelder in Bildung und 15 Prozent in Gesundheit zu investieren.

Die EU kann in ihren Beziehungen zu Brasilien die fehlende Legitimität dieses politischen Abbaus sozialer Errungenschaften nicht ignorieren. Insbesondere darf der undemokratische Machtwechsel von der EU nicht zum Anlass genommen werden, die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem Staatenbündnis Mercosur, dem Brasilien angehört, nun beschleunigt voranzutreiben. Die freihandelskritische und antineoliberale Position von Dilma Rousseff ist in den letzten Präsidentschaftswahlen klar bestätigt worden. Die neoliberale Wirtschaftspolitik der Regierung Temer hat sich noch keinem Votum der Wählerinnen und Wähler gestellt.

Auch in den anderen Mercosur-Mitgliedstaaten haben sich schwerwiegende politische Veränderungen vollzogen und Krisen zugespitzt: In Venezuela stehen sich Regierung und Opposition unversöhnlich gegenüber. Ein Abwahl-Referendum gegen den Präsidenten Nicolas Maduro wird vorbereitet, Hunderttausende demonstrieren für und gegen die Regierung. Bedeutende Teile der Opposition schrecken dabei auch vor Gewalt nicht zurück. Die politische Krise wird durch die wirtschaftliche Krise befeuert und verstärkt diese zugleich. Auch in Venezuela ist davon auszugehen, dass ein Regierungswechsel eine grundlegende Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik, auch der Außenwirtschaftspolitik, zugunsten neoliberaler Konzepte und der Orientierung auf Freihandel mit sich bringen würde. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten nicht der Versuchung erliegen, sich im Interesse des von ihnen angestrebten Freihandelsabkommens in die inneren Auseinandersetzungen einzumischen oder gar die Opposition in ihrem konfrontativen Kurs zu unterstützen. Sofern eine solche Unterstützung bereits, etwa durch politische Stiftungen, gewährt wird, ist diese sofort zu unterlassen. Die Drohung der übrigen vier Mercosur-Staaten, die Mitgliedschaft Venezuelas zu suspendieren, ist nicht akzeptabel, ebenso wenig wie die bereits vollzogene regelwidrige Aufhebung der turnusgemäßen Präsidentschaft Venezuelas.

In Argentinien kam der Wechsel von einer linken zu einer rechten Regierung auf demokratische Weise zustande. Allerdings werden die von der neuen Regierung unter Präsident Macri vorgenommenen Weichenstellungen weg von einer wirtschaftlichen Binnenorientierung und sozialem Ausgleich, hin zu neoliberaler Politik von massiven Protesten begleitet und sind darauf angelegt, soziale Errungenschaften in Frage zu stellen und soziale Konflikte zuzuspitzen.

In Kolumbien kann sich die politische Situation wieder krisenhaft zuspitzen, selbst eine Rückkehr zur Gewalt ist nicht ausgeschlossen, nachdem das Friedensabkommen, das einen Schlussstrich ziehen sollte unter den 50-jährigen Bürgerkrieg, in einer Volksabstimmung bei niedriger Wahlbeteiligung knapp abgelehnt wurde. Der Bundestag nimmt positiv zur Kenntnis, dass sowohl die kolumbianische Regierung als

auch die Guerilla-Organisation FARC trotzdem an der vereinbarten Waffenruhe festhalten und einen neuen Anlauf für Friedensverhandlungen nehmen wollen. Die Vergabe des Friedensnobelpreises an den kolumbianischen Präsidenten Juan Manuel Santos muss als Auftrag verstanden werden, den Friedensprozess fortzuführen. Deutschland und die EU sollten alles dafür tun, damit das negative Votum nicht das Ende des Friedensprozesses bedeutet. Kuba sollte Gastland der Friedensverhandlungen bleiben und von anderen Ländern darin unterstützt werden. Die EU muss ihr Verhältnis zu Kuba weiter verbessern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- deutlich zum Ausdruck zu bringen, dass sie die Absetzung der demokratisch gewählten Präsidentin Brasiliens missbilligt;
- im Verhältnis zu Brasilien nicht zur Tagesordnung überzugehen, sondern gegenüber der neuen Regierung darauf zu drängen, dass das brasilianische Volk über den künftigen politischen Kurs befragt wird, etwa im Rahmen einer raschen Neuwahl deutlich vor dem Jahr 2018;
- gegenüber der Regierung des amtierenden Präsidenten Temer die Einhaltung von Menschenrechten ebenso wie das Diskriminierungsverbot und die Gleichstellung von Frau und Mann stark anzumahnen und den Abbau von sozialen Rechten zu kritisieren;
- gegenüber der Regierung Temer jeglichen Verkauf von Land an ausländische Unternehmen zu kritisieren;
- sich in der EU dafür einzusetzen, dass die Verhandlungen mit dem Mercosur über ein Freihandelsabkommen ausgesetzt werden, solange es keine neue vom Volk gewählte Regierung in Brasilien gibt;
- in den wirtschaftlichen Beziehungen zu den Mercosur-Staaten nicht auf Liberalisierung und Privatisierung, sondern auf inklusive wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu setzen;
- deutlich zu machen, dass der Mercosur für die EU nur ein Verhandlungspartner sein kann, wenn alle Mitgliedstaaten darin ihre vollen Rechte wahrnehmen können;
- deutlich zum Ausdruck zu bringen, dass die demokratisch gewählte Regierung Venezuelas von ihr vollständig als solche anerkannt und respektiert wird, und auf jede Einmischung in die inneren Auseinandersetzungen in Venezuela zu verzichten;
- sicherzustellen, dass die gewaltbereiten Teile der venezolanischen Opposition keinerlei Unterstützung aus Deutschland und aus der EU erhalten;
- den kolumbianischen Friedensprozess auch nach dem Votum gegen den Friedensvertrag zu unterstützen;
- dabei dafür einzutreten, dass die zivilgesellschaftlichen Friedenskräfte den Prozess mitgestalten und dabei ihre langjährigen Erfahrungen mit den Konfliktsachen einbringen können;
- sich dafür einzusetzen, dass die EU das bilaterale Abkommen über Zusammenarbeit und politischen Dialog mit Kuba schnellstmöglich abschließt und den nach wie vor existierenden „Gemeinsamen Standpunkt“ von 1996 endgültig aufhebt.

Berlin, den 18. Oktober 2016

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

